



# Rede

Datum 4. September 2009

Sperrfrist 12:00

Es gilt das gesprochene Wort

---

## Gemeinsam für den Standort Schweiz

### Rede von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz

Tag der Wirtschaft

4. September 2009, StageOne Zürich

### Zusammenfassung der Rede

Im internationalen Standortwettbewerb weht ein rauer Wind - insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise. Die Vorzüge unseres Standortes sind weltbekannt, dennoch müssen wir uns ständig verbessern. Im Fokus stehen unter anderem Steuerreformen, eine überarbeitete Finanzplatzstrategie, eine nachhaltige Finanzpolitik, die internationale Zusammenarbeit und die Beilegung von Kontroversen mit der EU und der OECD. Hand in Hand mit der Wirtschaft sorgt der Bund dafür, dass der Standort Schweiz auch aus dieser Krise gestärkt hervorgeht.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im internationalen Standortwettbewerb weht eigentlich stets ein rauer Wind. Doch in der Wirtschaftskrise ist die Windstärke spürbar angestiegen. Weltweit bestreiten viele Staaten massiv steigende Konjunkturstützungs-Ausgaben bei gleichzeitig einbrechenden Einnahmen. Allein die USA verschulden sich in diesem Jahr um voraussichtlich 1'800 Milliarden US-Dollar (eine 1 mit 12 Nullen). Solche Entwicklungen verschärfen den internationalen Standortwettbewerb. Mehr denn je kämpfen die Staaten untereinander nämlich um Unternehmen, Arbeitsplätze und Steuersubstrat.

Doch auch Sie, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Wirtschaft, spüren diese Sturmwinde. Ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit hängt nämlich – unter anderem – davon ab, wie sich der Wirtschaftsstandort Schweiz international behauptet.

\*\*\*\*\*

Wir alle kennen die Vorzüge unseres Wirtschaftsstandortes: Dazu gehören der flexible Arbeitsmarkt, der exzellente Bildungs- und Forschungsplatz, die politische und rechtliche Stabilität, die leistungsfähigen Infrastrukturen sowie die tiefe Staats- und Steuerquote. Doch je härter der Wettbewerb, desto wichtiger ist die ständige Optimierung dieser Rahmenbedingungen. Als Finanzminister setze ich mich insbesondere dafür ein, Steuerreformen voranzutreiben, den Finanzplatz zu stärken und einen gesunden Staatshaushalt sicherzustellen.

Zu diesen Themen nun stichwortartig einige Bemerkungen:

Zunächst will ich die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern. Ein Meilenstein ist die vom Parlament im Juni verabschiedete Mehrwertsteuer-Revision. Sie spart den Unternehmen ca. 10% an administrativer Belastung. Um ganze 30% wird diese Belastung abnehmen, wenn das Parlament auch den Einheitssatz und die Abschaffung der meisten Ausnahmen gutheisst. Für diese Reform gilt es nun zu kämpfen.

Mit der Unternehmenssteuerreform III will ich sodann steuerliche Hindernisse bei der Konzernfinanzierung beseitigen und die Emissionsabgabe auf Eigen- und Fremdkapital abschaffen. Diese Reform hat im weiten Sinne auch mit der Steuerkontroverse mit der EU zu tun. Bekanntlich kritisiert die EU die kantonalen Regelungen für Holding- und Verwaltungsgesellschaften. Die rechtliche Begründung der EU, es liege eine Verletzung des Freihandelsabkommens von 1972 vor, ist aus Sicht des Bundesrates nicht haltbar. Er hat daher Verhandlungen von Anfang an abgelehnt, wohl aber mit der EU-Kommission mittlerweile einen konstruktiven Dialog geführt. Hätte die Schweiz das EU-Anliegen völlig ignoriert, wäre es wohl zu Massnahmen einzelner Staaten gegen unsere Holding- und Verwaltungsgesellschaften gekommen. Im Vordergrund stünde zum Beispiel die Verweigerung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinsaufwendungen im Herkunftsland. Das gilt es zu vermeiden.

Bundesrat und Kantone arbeiten intensiv am Thema. Wir wollen diese Kontroverse noch in diesem Jahr beenden. Wir müssen die für die Firmen äusserst wichtige

Rechtssicherheit wieder herstellen. Dabei sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen für die betroffenen Unternehmen weiterhin attraktiv bleiben. Dies geschieht u.a. dadurch, dass im Rahmen der Unternehmenssteuer-Reform III unsere Firmen jährlich um rund 500 Millionen Franken entlastet werden sollen.

Sodann soll im Herbst eine überarbeitete Strategie für den Finanzplatz Schweiz vorgestellt werden. Unser Ziel ist es, den Finanzplatz bestmöglich auf die neuen Rahmenbedingungen der internationalen Finanzmärkte einzustellen. Hier hat sich in kurzer Zeit sehr viel verändert. Für uns wird es letztlich auch darum gehen, international abgestimmte, sowohl schlanke wie dennoch effiziente Regulierungen als Label zu erhalten.

Finanzpolitisch stehen wir – wie die meisten Länder – vor einer grossen Herausforderung. Wir müssen die Gratwanderung zwischen kurzfristiger Konjunkturstabilisierung und langfristiger finanzpolitischer Stabilität meistern. Die Schuldenbremse bietet uns dazu eine ausgezeichnete Brücke. Sie zwingt uns, in guten Jahren zu sparen und erlaubt uns in der Rezession Defizite. Dank der kürzlich beschlossenen Ergänzungsregel erfasst die Schuldenbremse neu auch ausserordentliche Ausgaben.

Wir erwarten im laufenden Jahr 2009 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, nicht zuletzt dank der Tatsache, dass der Bundesrat der Versuchung widerstand, milliardenschwere Stützungsprogramme zu lancieren, die sich zudem primär am BIP statt am Bedarf orientieren. Auch für 2010 ist es uns gelungen, ein schuldenbremsenkonformes Budget vorzulegen. Somit haben wir die Schulden seit 2005 um 11 Mia Franken abgebaut. In den Finanzplanjahren ab 2011 erwarten uns hingegen beträchtliche Herausforderungen. Leitlinie ist aber auch hier die Einhaltung der Schuldenbremse. Eines ist klar: Ein gesunder Staatshaushalt ist gegenüber dem Ausland ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil für die Schweiz.

\*\*\*\*\*

Ein weiterer Sturmwind in der Krise ist der gestiegene Druck auf das Bankgeheimnis. Angesichts der finanziellen Notlage vieler Staaten verwundert es wenig, dass sie ihr Steuersubstrat à tout prix maximieren und beanspruchen müssen. Daher nahmen sie eine Vielzahl international erfolgreicher Finanzplätze und namentlich das Bankgeheimnis ins Visier.

Diesem Druck hat sich auch die Schweiz nicht entziehen können. Ausländische Gegenmassnahmen hätten sowohl den Finanz- wie den Werkplatz in Mitleidenschaft gezogen. Der Bundesrat hat daher – gleichzeitig mit den meisten andern betroffenen Finanzplätzen – beschlossen, die schweizerische Amtshilfepolitik gemäss OECD-Standard auszuweiten. Dies betrifft notabene nur im Ausland wohnhafte Steuerpflichtige. Für in der Schweiz wohnhafte Steuerpflichtige bleibt das Bankgeheimnis unangetastet.

Wir haben mit Hochdruck bereits über ein Dutzend Doppelbesteuerungsabkommen nach dem OECD-Standard neu ausgehandelt und die ersten unterzeichnet. Wir gehen davon aus, dass uns OECD und G20 von ihrer ominösen grauen Liste entfernen. Gleichzeitig geht es darum, den automatischen Informations-Austausch in der Amtshilfe zu verhindern und das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU optimal zu entwickeln. Eine auch seitens der Banken angeregte Abgeltungssteuer erscheint uns durchaus prüfenswert.

\*\*\*\*\*

Die gegenwärtige Krise offenbart einmal mehr die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit. Die einzelnen Volkswirtschaften sind untereinander eng verflochten. Die Abhängigkeiten sind gegenseitig. Deshalb braucht es globale und gemeinsame Anstrengungen zur erfolgreichen Überwindung der Krise. Mit entsprechenden Darlehen an den IWF wie auch mit intensiver Mitarbeit im Financial Stability Board (FSB) leisten wir unsere Beiträge.

Leider taxieren manche Länder diese Abhängigkeiten in offenen Märkten eher als Falle denn als Chance. Die Versuchung ist daher bisweilen gross, protektionistische Massnahmen zu ergreifen, zum Beispiel die Zolltarife zu erhöhen oder Ankerbelegungsprogramme so auszugestalten, dass sie die inländischen Unternehmen begünstigen. Als kleine, offene Volkswirtschaft sind wir auf offene Grenzen angewiesen. Ohnehin zeigt die Geschichte, dass der Protektionismus die Weltwirtschaft und nicht zuletzt die eigene Wirtschaft schwächt statt schützt. Die Schweiz muss sich daher weiterhin und zu ihrem Vorteil aktiv für offene Märkte und für internationale Zusammenarbeit einsetzen.

\*\*\*\*\*

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Woher auch immer der Sturm weht, der Bundesrat steht bereit, die Flagge für den Wirtschaftsstandort Schweiz zu setzen. Das kundige Auge und die konstruktiv-kritische Stimme von Economiesuisse und ihrer Mitgliederfirmen begleiten uns dabei. Für dieses Engagement überbringe ich Ihnen allen den herzlichen Dank des Bundesrates. Von unserer gemeinsamen Anstrengung für den Standort Schweiz profitiert schliesslich die Schweizer Wirtschaft. Und wenn es unserer Wirtschaft gut geht – das ist eine Binsenwahrheit – geht es uns allen gut. Tragen wir ihr also Sorge. Die Wirtschaft wird zweifellos aus dieser Krise – wie schon aus früheren – gestärkt hervorgehen.